N i e d e r s c h r i f t

(SGA-WA-EJC/004/2025)

über die 4. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses / Werkausschusses EJC mit Sozial- und EJC-Beirat am Mittwoch, dem 01.10.2025, 16:00 - 18:17 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.
Der Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - im Anschluss an den öffentlichen Teil

- **siehe Anlage –**

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

1.	Die Abteilung "Betreuung und Sozialversicherung" - Präsentation	
2.	Mitteilungen zur Kenntnis	
2.1.	Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge	V/086/2025
2.2.	Aktuelle Entwicklungen zum Projekt „Gesund älter werden in Büchenbach-Nord“ (GÄWIN)	52/189/2025
2.3.	EJC Arbeitsmarktstatistik Berichtsmonat April 2025	55/108/2025
2.4.	Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2025 für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter	55/107/2025
2.5.	Werkstattbericht: Konzeptioneller Orientierungsrahmen zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit in Erlangen	50/146/2025
3.	Änderung der Besetzung der Grüne Liste-Fraktion im SGB-II-Beirat	V/085/2025
4.	Antrag der ödp-Fraktion Nr. 129/2023 vom 07.09.2023; Kinderarmut in Erlangen	V/082/2025

5.	Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter (EJC)	55/102/2025
6.	Neukonzeptionierung Transportradverleih und Übertragung auf Erlanger Jobcenter	55/110/2025
7.	Anfragen - öffentlicher Teil	

TOP 1

Die Abteilung "Betreuung und Sozialversicherung" - Präsentation

TOP 2

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 2.1

V/086/2025

Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge

Beiliegende Tabelle des Bearbeitungsstandes der Fraktionsanträge zum 01.10.2025 zur Kenntnis.

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 2.2

52/189/2025

Aktuelle Entwicklungen zum Projekt „Gesund älter werden in Büchenbach-Nord“ (GÄWIN)

Das Projekt GÄWIN (Gesund älter werden in Büchenbach-Nord) ist seit August 2021 im Amt für Sport und Gesundheitsförderung angesiedelt und wird vom GKV-Bündnis für Gesundheit mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen nach § 20a SGB V gefördert. GÄWIN endet mit Ablauf der Projektförderung Ende Dezember 2025.

Das Projekt richtet sich an über 65-jährige Büchenbacherinnen und Büchenbacher, die selbständig wohnen und aus vielfältigen Gründen bisher wenige Berührungspunkte zu Angeboten im Stadtteil haben. Ziel ist, diesen Personen gesundheitsförderliches Verhalten zu ermöglichen und es zu stärken, indem gesundheitsfördernde Strukturen in Büchenbach weiterentwickelt werden.

Eine Maßnahme war die Entwicklung eines Stadtteilplans Büchenbach GESUNDHEIT für Ältere, der eine Übersicht der gesundheitsförderlichen Stadtteilangebote gibt. Seine Neuauflage kam im Juli 2025 in Umlauf.

Die Bedarfsermittlung des schwer erreichbaren Adressatenkreises wurde 2022 mit dem innovativen Instrument Rikscha plus geschultem Fahrer erfolgreich durchgeführt. Die partizipativ priorisierten Bedarfe waren: Etablierung des kostenlosen Rikscha-Angebotes, Angebot offener Treffs, Hilfen im Alltag. Alle drei Bedarfe konnten im Rahmen der Förderrichtlinien nicht unmittelbar umgesetzt werden.

So etablierte sich das kostenlose Rikscha-Mitfahrt-Angebot als ehrenamtliche, autarke Maßnahme. Es erhielt den Bayerischen Präventionspreis, die Nachhaltigkeitsförderung der Stadt Erlangen, den Siemensförderpreis und ist für den Deutschen Engagementpreis 2025 nominiert.

GÄWIN fokussierte sich anschließend darauf, dem Bedarf der Offenen Treffs mit einem „Offenen Gesundheitstreff“ zu begegnen. Dieses Interventionsprogramm findet einmal monatlich statt und hat im Durchschnitt 14 Teilnehmende. Niedrigschwellig werden gesundheitsförderliche Themen zu Bewegung, Ernährung, Entspannung in Theorie und Praxis adaptiert an den Adressatenkreis angeboten.

Durch zirkuläre Bedarfsabfragen wurde zusätzliche die niedrigschwellige Maßnahme des “Spaziergang Plus“ (d.h. eine angeleitete Spaziergangsgruppe inkl. Gymnastik) einmal wöchentlich etabliert, an der durchschnittlich 13 Adressaten teilnehmen.

Im Rahmen des Projekts fanden außerdem Schulungen für Gesundheitsbotschafterinnen und Gesundheitsbotschafter statt. Diese im Stadtteil verankerten Personen, teils aus der Peer-Gruppe des Adressatenkreises, informieren und motivieren diesen, an den benannten und weiteren Stadtteilangeboten teilzunehmen.

Die im Projekt entwickelten Angebote erreichen die Adressatengruppe erfolgreich und sind in Bezug auf die Erhaltung der Gesundheit und damit auch Lebensqualität und Selbstständigkeit im Alter von hoher Relevanz. Sie stellen eine sinnvolle Verknüpfung mit bestehenden Ansätzen der Quartiersarbeit zur Stärkung der sozialen Teilhabe dar.

Für die Nachhaltigkeit der Angebote wurden daher Gespräche mit diversen Akteuren geführt. Die Abteilung für Alters- und Generationenfragen des Sozialamtes sowie die vhs planen in Kooperation den „Offenen Gesundheitstreff“ in reduzierter Anzahl in eine bestehende Vortragsreihe zu integrieren. Der „Spaziergang Plus“ soll einmal wöchentlich fortgeführt werden. Als Träger hat sich auch hier die Abteilung für Alters- und Generationenfragen bereit erklärt. Das Amt für Sport und Gesundheitsförderung plant die Beantragung von Drittmitteln für die Weiterführung

Ebenso sind die Stadtteilwerkstatt 56nord, die Kirchengemeinde Martin-Luther und eine ehrenamtliche Übungsleitung interessiert, sich personell einzubringen bzgl. Flyerverteilung, Übernahme einer Vortragseinheit.

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 2.3 — 55/108/2025

EJC Arbeitsmarktstatistik Berichtsmonat April 2025

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 2.4 — 55/107/2025

Zwischenbericht zum Wirtschaftsjahr 2025 für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter

Gemäß § 4 Abs. 8 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter (EJC) vom 24.11.2022 i.d.F. vom 28.11.2024 i.V.m. § 19 Eigenbetriebsverordnung Bayern (EBV) ist das EJC verpflichtet, den zuständigen Werkausschuss, den Oberbürgermeister sowie das Finanzreferat über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes anhand schriftlicher Unterlagen zu unterrichten.

Nachdem das EJC seine Bücher gemäß § 9 Abs. 1 Betriebssatzung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung führt, erfolgt dies anhand dieses Zwischenberichtes zum 30.06.2025 bestehend aus:

- Ergebnishochrechnung mit Erläuterung
- Wirtschaftsplan 2025 – Planzahlen, Ergebnishochrechnung und Planabweichung

1. Ergebnishochrechnung mit Erläuterung

Das EJC führte eine Ergebnishochrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge zum 30.06.2025 durch.

Der im Stadtrat vom 28.11.2024 beschlossene Wirtschaftsplan 2025 des Erlanger Jobcenters weist ein neutrales Ergebnis aus. Auf Basis der Hochrechnung erwartet das EJC ein positives Ergebnis in Höhe von ca. 498.400 €.

Die Hauptursachen hierfür sind auf der einen Seite höhere Bundesmittel für Eingliederung und Verwaltung und auf der anderen Seite sehr hohe Einsparungen, insbesondere im Bereich der Personalkosten, welche auf die Haushaltskonsolidierung der Stadt Erlangen und die vorläufige Haushaltsführung bei Bund und Kommune zurückzuführen sind.

1.1. Erläuterung zu den Einzelpositionen

1.1.1. Erträge

Das EJC rechnet für das Jahr 2025 mit ca. 166.400 € geringeren Umsatzerlösen als geplant. Die Hauptursache für die Planabweichung sind geringere Umsatzerlöse im Sozialkaufhaus. In der Planung wurden deutlich höhere Einkäufe im Zusammenhang mit dem Zuzug weiterer geflüchteter Menschen aus der Ukraine angenommen.

Im Bereich der Fördermittel rechnet das EJC insgesamt mit ca. 270.700 € niedrigeren Erträgen. Bei den Fördermitteln, welche das EJC von der Stadt Erlangen erhält, ist eine Kürzung um den in Haushaltskonsolidierungskonzept vom 30.04.2025 Betrag berücksichtigt (ca. 276.800 €).

Bei den externen Fördermitteln (ESF-Mittel, etc.) wurden die Zuschusserwartungen aufgrund von Personalausfällen und dem damit einhergehenden Einnahmeverlust verringert.

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Hochrechnung ist der Bundeshaushalt 2025 noch nicht beschlossen. Auf Basis der im Juli 2025 zur Verfügung gestellten vorläufigen Zahlen für den Eingliederungstitel und den Verwaltungstitel, rechnet das EJC mit ca. 288.000 € höheren Mittelzuweisungen des Bundes. Zudem werden voraussichtlich weniger Mittel der Stadt Erlangen im Bereich des kommunalen Finanzierungsanteils an den Verwaltungskosten benötigt, sodass die Mittelzuweisungen insgesamt voraussichtlich nahezu planmäßig vereinnahmt werden.

1.1.2. Aufwendungen

Das EJC rechnet mit deutlich niedrigeren Aufwendungen im Bereich der Personalkosten (ca. 757.000 €) als geplant. Neben den bereits beschlossenen Einsparungen laut dem Haushaltskonsolidierungskonzept, welche sich zum größten Teil auf Personalkosten beziehen, konnte das EJC noch weitere Einsparpotenziale in diesem Bereich realisieren. Außerdem ist die sehr große Planabweichung bei den Personalkosten auch auf krankheitsbedingte Personalausfälle, Austritte mit verzögerter oder keiner Nachbesetzung sowie nicht bewilligte, aber geplante Stellen im Stellenplanverfahren 2024 zurückzuführen.

Aufgrund der o.g. geringeren Einkäufe im Sozialkaufhaus, müssen voraussichtlich auch deutlich weniger Neuwaren als geplant beschafft werden, weshalb das EJC mit ca. 110.300 € geringeren Kosten im Materialaufwand rechnet.

Bei den bezogenen Leistungen der Stadt Erlangen im Sinne von innerbetrieblicher Leistungsverrechnung und Weiterverrechnung wurden für die Prognose zum größten Teil die tatsächlichen Kosten aus dem Jahr 2024 mit geringen Kostensteigerungen zugrunde gelegt, da viele Rechnungen aus dem aktuellen Haushaltsjahr noch nicht vorlagen. Die Planabweichungen in den Einzelpositionen kompensieren sich nahezu in der Gesamtbetrachtung. Davon ausgenommen sind die Dienstleistungen des Personalamts (Verwaltungskosten Amt 11), welche im Jahr 2025 eine deutliche Kostensteigerung erfahren haben (ca. 28 % höher als in 2024). Die bezogenen Leistungen der Stadt Erlangen werden wahrscheinlich insgesamt um ca. 122.900 € höher als geplant entstehen, was hauptsächlich auf die ungeplanten Mehrkosten für Dienstleistungen des Personalamts in Höhe von ca. 110.600 € zurückzuführen ist.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Sachkosten) prognostiziert das EJC insgesamt Einsparungen in Höhe von ca. 129.300 €. Durch die Aufgabe von zwei Standorten konnten die Miet- und Gebäudekosten für den Standort „Bahnhof“ seit August 2025 eingespart werden. Durch die konsequente Anwendung des Art. 69 GO i.V.m. Art. 88 Abs. 5 GO sowie der besonderen Richtlinien zur vorläufigen Haushaltsführung 2025 der Stadt Erlangen konnten nur die notwendigsten Ausgaben getätigt werden. Am deutlichsten zeigt sich dieser Effekt im Bereich der Aufwendungen für Fortbildungen und Schulungen, in dem das geplante Budget voraussichtlich um weniger als 50 % in Anspruch genommen wird, was einer Einsparung von ca. 40.000 € entspricht.

1.1.3. Bürgergeld

Nachdem den Planzahlen im Wirtschaftsplan 2024 noch keine Erfahrungswerte zugrunde gelegt werden konnten, ergaben sich im Jahr 2024 im Bereich des Bürgergelds teilweise sehr hohe Planabweichungen von über 8 Mio. €. Da das Bürgergeld im EJC einen nahezu durchlaufenden Posten darstellt, entstanden hieraus jedoch keine größeren Ergebniseffekte. Die Erkenntnisse aus den Vorjahren wurden in den Planungen für 2025 berücksichtigt, wodurch sich nun deutlich geringe Planabweichungen ergeben.

Die Kosten für Regelbedarfe und Mehrbedarfe werden voraussichtlich etwas höher als geplant ausfallen, die Kosten der Unterkunft (KdU) dafür etwas niedriger. Im Bereich Bildung und Teilhabe sind die deutlich höheren Aufwendungen (und Erträge) insbesondere auf die generell nicht geplante interkommunale Umverteilung (ca. 1,29 Mio. €) und die rückwirkende Erhöhung (zum 01.01.2025) des prozentualen Anteils der BuT-Sachkosten an den Kosten der Unterkunft von 6,7 % auf 7,8 % zurückzuführen (ca. 0,24 Mio. €).

2. Wirtschaftsplan 2025 – Planzahlen, Ergebnishochrechnung und Planabweichung

Wirtschaftsplan Erlanger Jobcenter (EJC)

Erfolgsplan		Plan 2025	Hochrechnung 2025	Planabweichung 2025
Umsatzerlöse		***1.441.352***	***1.274.909***	***-166.442***
Fördermittel		***4.920.210***	***4.649.498***	***-270.712***
	Drittmittel	*817.057*	*753.140*	*-63.917*
	Projektmittel u. sonstige Mittel Stadt Erlangen	*4.103.153*	*3.896.358*	*-206.795*
Mittelzuweisungen		***9.857.124***	***9.852.322***	***-4.801***
	Eingliederungstitel	*2.183.095*	*2.129.515*	*-53.580*
	Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)	*161.600*	*135.320*	*-26.280*
	Verwaltungstitel (Bund)	*6.093.595*	*6.434.189*	*340.594*
	Verwaltungstitel (Kommunal)	*1.418.834*	*1.153.298*	*-265.536*
Bürgergeld		***42.335.094***	***44.986.300***	***2.651.207***
	Erstattung Bund	*34.099.848*	*37.485.700*	*3.385.853*
	Erstattung Kommune	*6.118.746*	*5.976.600*	*-142.146*
	auf ALG II Bundesabrechung anrechungsfähige Erstattungen	*1.094.000*	*917.000*	*-177.000*
	auf KdU Beteilung Bund anrechungsfähige Erstattungen	*1.010.500*	*604.000*	*-406.500*
	Erstattungen einmalige Leistungen	*0*	*0*	*0*
	Aufkommen aus Buß- und Verwarnungsgeldern	*12.000*	*3.000*	*-9.000*
GESAMTLEISTUNG		***58.553.778***	***60.763.030***	***2.209.251***
Materialaufwand u. bezogene Leistungen		***3.655.668***	***3.622.635***	***-33.033***
	Aufwand für RHB und Waren	*356.312*	*246.000*	*-110.312*
	Aufwand für bezogene Leistungen	*2.371.778*	*2.456.635*	*84.857*
	Aufwand für bezogene Leistungen Eingliederung	*927.578*	*920.000*	*-7.578*
Personalaufwand		***11.145.430***	***10.388.472***	***-756.958***
Abschreibungen		***159.511***	***149.500***	***-10.011***
Sonstiger betrieblicher Aufwand (Bürgergeld)		***42.323.094***	***44.963.300***	***2.640.207***
	Kosten der Unterkunft (KdU)	*16.491.000*	*15.400.000*	*-1.091.000*
	Regelbedarfe/ Mehrbedarfe	*24.434.900*	*26.505.000*	*2.070.100*
	Einmalige Bedarfe	*360.000*	*300.000*	*-60.000*
	Bildung und Teilhabe (BuT)	*1.037.194*	*2.746.300*	*1.709.107*
	sonstige Aufwendungen ALGII	*0*	*12.000*	*12.000*
Sonstige betriebliche Aufwendungen / Sachkosten		***1.266.803***	***1.137.531***	***-129.272***
Zinsen		***2.000***	***1.800***	***-200***
Außerordentliche Erträge		***0***	***0***	***0***
Außerordentliche Aufwendungen		***0***	***0***	***0***
Summe Steuern		***1.273***	***1.390***	***117***
GESAMTKOSTEN		***58.553.778***	***60.264.628***	***1.710.849***
Jahresgewinn (+) / Jahresverlust (-)		***0***	***498.402***	***498.402***

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 2.5 — 50/146/2025

Werkstattbericht: Konzeptioneller Orientierungsrahmen zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit in Erlangen

Mit Beschluss vom 20.02.2025 (Vorlagennummer 50/136/2025) wurde die Verwaltung beauftragt, ein Handlungskonzept zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit (NAP) zu entwickeln. Zum Umsetzungsstand soll regelmäßig berichtet werden. Der vorliegende Werkstattbericht stellt den konzeptionellen Orientierungsrahmen in den ersten Grundzügen vor.

1. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Erlangen

Nach der Stichtagserhebung zum 31.01.2025 gemäß Wohnungslosenberichterstattungsgesetz (WoBerichtsG) waren in Erlangen 316 wohnungslose Menschen ordnungsrechtlich untergebracht, davon rund ein Viertel Kinder und Jugendliche. Weitere Daten können dem Bericht im SGA am 07.05.2025 entnommen werden (Vorlagennummer 50/142/2025). Darüber hinaus kommen wohnungslose Menschen temporär bei Freunden oder Bekannten unter, ohne damit einen eigenen Hauptwohnsitz zu begründen. Die tatsächliche Häufigkeit dieser „verdeckten Wohnungslosigkeit“ sowie die Zahl obdachloser Menschen ohne jede Unterkunft kann statistisch nicht belastbar bestimmt werden.

Neben der ordnungsrechtlichen Unterbringung von wohnungslosen Menschen durch die Wohnungslosenhilfe in Amt 50 erbringt der Sozialpädagogische Dienst bei Wohnungsnotfällen beratende und unterstützende Leistungen (siehe SGA-Beschlussvorlage Nr. 50/136/2025 vom 20.02.2025). Damit soll präventiv Wohnungslosigkeit verhindert werden. Darüber hinaus werden wohnungslose Menschen in den Notunterkünften sozialpädagogisch beraten und begleitet. In der Unterkunft „Möhrendorfer Straße“ wird diese Unterstützung durch den Internationalen Bund e.V. intensiviert und modellhaft ausgebaut. Damit sollen die Bewohner*innen möglichst zur Rückkehr in ein mietvertraglich gesichertes Wohnverhältnis befähigt werden.

2. Konzeptioneller Orientierungsrahmen zur Umsetzung des NAP

Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit, Miet- und Energieschulden, Krankheit, soziale Konflikte und psychische Krisen sowie fehlende persönliche Ressourcen und soziale Unterstützungsnetzwerke für die Bewältigung von Problemen sind wesentliche Faktoren für Wohnungsnotfälle. Wohnungslosigkeit

entsteht meist aus einem komplexen, individuellen Wirkzusammenhang von krisenhaften Notlagen heraus. Dementsprechend wird das bestehende Hilfesystem ausdifferenziert, konzeptionell weiterentwickelt und stärker mit anderen Akteuren vernetzt.

2.1 Grundsätze des Handlungskonzepts

Das Handlungskonzept baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

(1) Präventiv: Wohnungslosigkeit soll möglichst verhindert werden. Die präventive Arbeit wird schwerpunktmäßig beim Sozialpädagogischen Dienst für Wohnungsnotfälle angesiedelt und im Gesamtkonzept der Wohnungslosenhilfe verankert.

(2) Zielgruppenspezifisch: Das Handlungskonzept wird verstärkt auf den spezifischen Lebenskontext wohnungsloser Menschen ausgerichtet. Alleinlebende Menschen, alleinerziehende Familien, junge Erwachsene, alte Menschen, psychisch erkrankte Menschen und suchtkranke Menschen, straffällige Menschen und ihre Familien oder wohnungslose Menschen aus Osteuropa haben zum Teil unterschiedliche Bedarfe, die spezifische Lösungsansätze verlangen.

(3) Mehrdimensional: Für umfassende und nachhaltige Hilfen und Lösungen setzt das Handlungskonzept an den individuell unterschiedlichen Entstehungsursachen für Wohnungsnotfälle und Wohnungslosigkeit an. Zur Stärkung von gesellschaftlicher Integration und Teilhabe wohnungsloser Menschen bezieht dies auch sozialräumliche Bezüge mit ein.

(4) Kooperativ: Im Sinne des mehrdimensionalen Handlungsansatzes arbeitet die Wohnungslosenhilfe in Netzwerken mit der Freien Wohlfahrtspflege, weiteren Akteuren des Hilfesystems und
angrenzender Hilfesysteme sowie der Wohnungswirtschaft eng zusammen. So können spezifische Ressourcen, breites Erfahrungswissen und fachliche Expertise mobilisiert, gebündelt und
in einem integrierten Hilfesystem eingebracht werden.

(5) Modellhaft: Analog zum Pilotprojekt „Möhrendorfer Straße“ werden Handlungsansätze modellhaft für unterschiedliche Adressat*innen und Bedarfslagen konzeptionell weiterentwickelt und auf weitere Standorte bedarfsgerecht übertragen.

Im Rahmen einer Kooperation zwischen Nürnberg, Fürth, Schwabach und Erlangen ist darüber hinaus ein städteübergreifendes, integriertes, interdisziplinäres Versorgungs- und Betreuungskonzept spezifisch für wohnungslose Menschen mit psychischen Erkrankungen geplant. Mit diesem Modell werden eine langfristige Stabilisierung und soziale Integration dieser besonders vulnerablen Menschen angestrebt.

2.2 Strategische Ausrichtung des Handlungskonzepts

Das Handlungskonzept wird vom Ziel des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit geleitet, Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überwinden. Aus diesem Leitbild folgt die strategische Ausrichtung: Das Erlanger Konzept gegen Wohnungslosigkeit

- wirkt präventiv gegen Wohnungslosigkeit;
- schafft ein schnell mobilisierbares, integriertes und zuständigkeitsübergreifend abgestimmtes Hilfe- und Notversorgungssystem mit zielgruppenspezifischen Handlungsansätzen;
- zielt perspektivisch auf die dauerhafte (Re-)Integration wohnungsloser Menschen in mietvertraglich abgesicherten Wohnraum ab und
- schafft alternative, begleitete Wohnformen für wohnungslose Menschen, für die eine (Re-)Integration in den normalen Mietwohnungsmarkt nicht (mehr) möglich ist.

2.3 Ziele und Maßnahmen des Handlungskonzepts

Ausgehend von der strategischen Ausrichtung werden Ziele und Maßnahmen abgeleitet. Diese sind nach unterschiedlichen Modulen gegliedert. Tabelle 1 zeigt überblicksartig die geplanten Handlungsansätze, die in der weiteren Konzeptentwicklung konkretisiert werden.

Mit Akteuren der Erlanger Wohnungslosenhilfe ist ein fachlicher Austausch hierzu vorgesehen. Daraus folgende inhaltliche Impulse von Akteuren fließen in die Weiterentwicklung des Konzepts ein.

Das ausführliche Konzept wird dem SGA im November zum Beschluss vorgelegt. Darin erfolgen auch Ausführungen zu den notwendigen Haushaltsmitteln für die Umsetzung des Konzepts.

Die bereits bestehenden flankierenden Hilfen wie beispielsweise die Energienotfallberatung werden im Sinne der Verhinderung von Wohnungslosigkeit fortgesetzt.

Mit dem oben genannten Konzept für wohnungslose psychisch kranke Menschen soll künftig zudem die städteübergreifende Zusammenarbeit zwischen Nürnberg, Fürth, Schwabach und Erlangen im Bereich der Wohnungslosenhilfe gestärkt werden.

Über die hier genannten Maßnahmen hinaus ist die Schaffung bezahlbaren und öffentlich geförderten Wohnraums weiterhin unerlässlich, um Wohnungsverluste möglichst zu verhindern und wohnungslosen Menschen eine realistische Perspektive für die Rückkehr in ein mietvertraglich abgesichertes Wohnverhältnis zu geben.

Tabelle 1 Handlungskonzept gegen Wohnungslosigkeit (Überblick)

Modul	strategische Ziele	beispielhafte Handlungsansätze
Prävention	• Wohnungsnotfälle werden frühzeitig bekannt und einem Wohnungsverlust wirksam entgegengewirkt.	Informationen und Ansprechpartner*innen für Hilfen sind niedrigschwellig erreichbar; mit Wohnungsbaugesellschaften werden verbindliche Kommunikationswege aufgebaut, private Vermieter*innen werden über den Sozialpädagogischen Dienst bei Wohnungsnotfällen informiert; die Zusammenarbeit mit dem Erlanger Jobcenter wird verstärkt; Wohnungsverluste werden durch aufsuchende Beratung, Schuldenübernahme oder Konfliktmanagement mit Vermieter*innen präventiv vermieden;
Beratung, Unterstützung, Versorgung	• Beratungsstrukturen für wohnungslose Menschen stehen zeitnah, individuell, niedrigschwellig und vor Ort in den Unterkünften zur Verfügung.	aufsuchende Beratung, tagesstrukturierenden Angeboten und Unterstützung für die Inanspruchnahme von Hilfen in den Verfügungswohnungen wird intensiviert; träger- und rechtskreisübergreifendes Case

Modul	strategische Ziele	beispielhafte Handlungsansätze
	• Die gesundheitliche Versorgung wohnungsloser Menschen wird durch eine Clearingstelle gestärkt.	Management und eine Clearingstelle für wohnungslose Menschen ohne Krankenversicherungsschutz werden aufgebaut; das Konzept „Möhrendorfer Straße“ wird ausgeweitet; der Tagestreff „Willi“ wird in das Konzept Wohnungslosenhilfe eingebunden;
Zielgruppenspezifische Unterbringung und Intervention	• Wohnungslose Menschen erhalten je nach Lebenskontext gezielte Unterstützung.	zielgruppenspezifische Unterbringungs- und Unterstützungsangebote werden entwickelt; in Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft wird ein „Wohnungspool“ für wohnungslose Menschen aufgebaut;
(Re-)Integration in mietvertraglich gesicherten Wohnraum	• Die durchschnittliche Verweildauer in Notunterkünften wird kontinuierlich reduziert.	mit Vermietern werden Vereinbarungen für Mietverhältnisse mit wohnungslosen Menschen getroffen; wohnungslose Menschen werden für Wohnen im mietvertraglich geschützten Wohnverhältnis befähigt; Wohnen in Mietverhältnis wird sozialpädagogisch begleitet und unterstützt; unterstützende Sozialleistungen werden erschlossen; für wohnungslose Menschen mit eingeschränkter oder fehlender Wohnfähigkeit werden begleitete Wohnformen entwickelt;
Schnittstellen und Vernetzung	• Mit der freien Wohlfahrtspflege, dem Hilfesystem der Wohnungshilfe und angrenzenden Hilfesystemen, der Wohnungswirtschaft und weiteren Trägern, Organisationen, Einrichtungen und Akteuren ist eine strukturierte Zusammenarbeit etabliert bzw. formalisiert.	ein regelmäßiges träger- und rechtskreisübergreifendes Gremium zum fallbezogenen Erfahrungsaustausch und zur Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe wird etabliert; ein integriertes, zuständigkeitsübergreifenden Notversorgungssystem für Wohnungsnotfälle wird aufgebaut; mit der freien Wohlfahrtspflege werden Projektkooperationen ausgebaut, der Austausch mit der Wohnungswirtschaft wird intensiviert; in Kooperation mit den Städten Nürnberg, Fürth, Schwabach und Erlangen wird ein städteübergreifendes Modell für die Versorgung

Modul	strategische Ziele	beispielhafte Handlungsansätze
		wohnungsloser psychisch kranker Menschen angestrebt;
Konfliktmanagement im Sozialraum und Öffentlichkeitsarbeit	• Die Wohnungslosenhilfe wirkt auf konfliktarme und sozialverträgliche Integration und Teilhabe wohnungsloser Menschen in ihrem sozialräumlichen Umfeld hin. Die Öffentlichkeit ist für die Belange wohnungsloser Menschen sensibilisiert.	das Hilfesystem bezieht das sozialräumliche Umfeld von Menschen in Wohnungsnotfällen und wohnungslose Menschen ein; für die Bewohnerschaft im Umfeld von Unterkünften stehen bei Fragen, Problemen oder Konflikten niederschwellig Ansprechpartner*innen zur Verfügung; ein Konfliktmanagement wird etabliert; durch stadtweite und quartiersbezogene Informationsveranstaltungen wird die Öffentlichkeit für die Bedarfe und Belange wohnungsloser Menschen sensibilisiert;
Controlling	• Als Steuerungsinstrument ist ein Controllingsystem Wohnungslosenhilfe implementiert.	die sozialstrukturelle Ausprägung und Entwicklungen der Wohnungslosigkeit wird fortlaufend dokumentiert; Ergebnisse, Fortschritte und Umsetzungsprobleme des Handlungskonzepts werden anhand von Kennzahlen kontinuierlich evaluiert; die Ergebnisse werden am Runden Tisch Wohnungslosigkeit kommuniziert und das Handlungskonzept in Abstimmung mit den Akteuren nachgesteuert und fortgeschrieben; auf problematische Entwicklungen im Bereich von Wohnungsnotfällen und Wohnungslosigkeit wird frühzeitig gezielt reagiert; die politischen Gremien werden regelmäßig über die Umsetzung des Handlungskonzepts informiert;

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Protokollvermerk:

Auf Antrag von Herrn Dr. Richter wurde diese MzK zum TOP 6.1 erhoben.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Protokollvermerk:

Auf Antrag von Herrn Dr. Richter wurde diese MzK zum TOP 6.1 erhoben.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 3 V/085/2025

Änderung der Besetzung der Grüne Liste-Fraktion im SGB-II-Beirat

Die gemäß § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung des SGB-II-Beirats zu beteiligenden Organisationen bestimmen nach eigenem Ermessen über den oder die in den SGB-II-Beirat zu entsendenden Vertreter/in. Die formale Berufung erfolgt durch Beschluss des SGA/WA-EJC.

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Ergebnis/Beschluss:

Mit Schreiben vom 08.05. und 13.05.2025 schlägt die Grüne Liste-Fraktion folgende Änderungen bei der Besetzung des SGB-II-Beirats vor:

Bisheriges Mitglied:

Dominik Sauerer

Neues Mitglied:

Marc Urban

Stellvertretung (weiterhin):

Andrea Winner

Ergebnis/Beschluss:

Einstimmig angenommen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 4 V/082/2025

Antrag der ödp-Fraktion Nr. 129/2023 vom 07.09.2023; Kinderarmut in Erlangen

Mit Antrag 129/2023 stellt die Fraktion der ödp u.a. die Fragen, wie sich „die aktuelle Situation der Kinderarmut in Erlangen“ darstellt und „welche aktuellen Maßnahmen in Erlangen gegen Kinderarmut“ erfolgen. Darüber hinaus sollte ein Leitfaden zu den schnellen Maßnahmen für die von Armut Betroffenen auf der Homepage der Stadt dargestellt werden.

Die Beantwortung der Fragen bedarf zunächst einer kurzen Einführung zum Begriff und Konzept von Armut und wie sie gegebenenfalls gemessen werden kann. Dazu sind eine differenzierte Betrachtung des Armutsbegriffes und der verwendeten Indikatoren erforderlich.

Wie ist die aktuelle Situation der Kinderarmut in Erlangen?

Als Indikator für Armutsrisiko wird in der aktuellen Debatte um Armut regelmäßig die sog. Armutsgefährdungsquote genutzt. Nach EU-SILC (EU-Statistics on Income and Living Conditions) gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung verfügt.

Folgt man beispielsweise der jährlichen Berichterstattung zur Entwicklung von Armutsgefährdung durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband, dann lag basierend auf Mikrozensus-Daten 2024 das Armutsrisiko bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren bei etwa 14,4 %. Das bedeutet, dass rund jedes siebte Kind in Deutschland nach dieser Definition armutsgefährdet ist.[1]

Für Erlangen wird im letzten Sozialbericht aus dem Jahr 2021 im Kapitel 4.2 zum Thema Armutsgefährdung ausgeführt, dass in Erlangen im Jahr 2020 (Stand: 31.12.) 19 Prozent aller Erlanger Haushalte entsprechend der EU-Definition (mit relativierendem Verweis auf die Datenlage) als armutsgefährdet gelten können.[2] Spezifische Betrachtungen zum Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen erfolgen dabei nicht. Lt. Sozialbericht 2021 ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen an SGB II-Empfängerinnen deutlich überrepräsentiert im Vergleich zum Anteil dieser Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung.

[1] DPWV, Paritätischer Armutsbericht, April 2025

[2] Stadt Erlangen, Sozialbericht 2021 der Stadt Erlangen

Um die Situation von Lebenslagen mit Armutsrisiko einschätzen zu können, genügt ein alleiniger Verweis auf die Armutsgefährdungsquote nicht, denn die Quote misst vorrangig Einkommensungleichheit und sagt nichts aus über Ursachen und Folgen von Armut oder über Lebenshaltungskosten in einer Region oder einer Stadt, über die Vermögens- oder Verschuldungssituationen der Betroffenen oder über den Zugang bzw. den Ausschluss von Teilhabe.

Mit der Quote wird die relative Einkommensarmut an einer Armutsschwelle gemessen, die mit dem Wohlstand einer Gesellschaft wächst. Bei wachsenden Einkommen bleibt die Armutsrisikoquote gleich, solange sich die relative Einkommensverteilung nicht ändert. Sie ist letztlich ein Verteilungsmaß mit einem Fokus auf die unteren Einkommensgruppen.

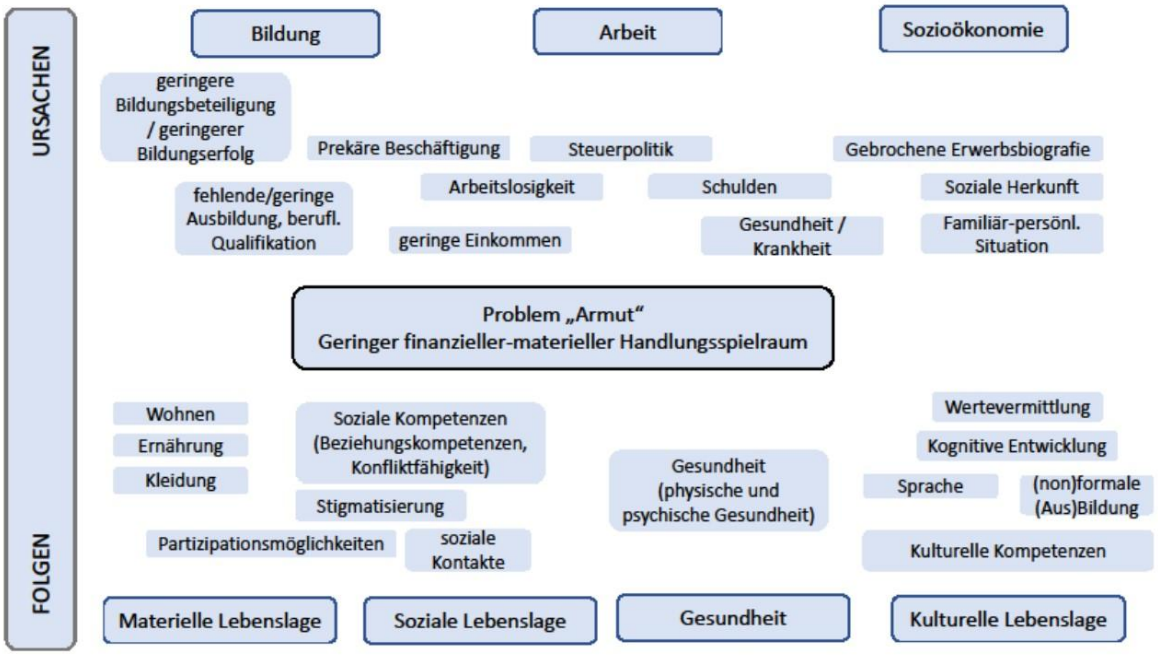
Eine differenziertere Betrachtung von Lebenslagen und damit des Themas sozialstruktureller Merkmale von Armutsgefährdungen erfolgt im 2023 erschienenen Teilhabebericht der Stadt Erlangen[3] .

• **Sozialstrukturelles Merkmal**	• **Armutsgefährdungsquoten von 30 Prozent und mehr finden sich innerhalb folgender Bevölkerungsgruppen (2018/20; Daten aus Sozialbericht Erlangen 2021):**
• Schulische Qualifikation	• Menschen ohne Schulabschluss: 67 Prozent • Menschen mit Volks-/Hauptschulabschluss: 35 Prozent
• Berufliche Qualifikation	• un- und angelernt beschäftigte Menschen: 63 Prozent • einfache Angestellte: 30 Prozent
• Beschäftigungsumfang	• geringfügig Beschäftigte: 44 Prozent • Studierende: 52 Prozent (ggfs. temporär während des Studiums)
• Staatsangehörigkeit und Migration	• nicht-deutsche Bevölkerung: 34 Prozent • Menschen mit Migrationsgeschichte: 31 Prozent

Auch diese Zahlen geben zwar Hinweise auf höhere Armutsgefährdungen, sagen jedoch für sich noch wenig aus zu der tatsächlichen Lebenslage der Betroffenen.

Da Armut mehr ist als ein monetärer Mangel empfiehlt sich ein erweiterter Blick auf die vielfältigen Ursachen von Armut (bzw. Kinder- und Jugendarmut) sowie potenzielle Armutsfolgen. Eine Unterscheidung von Ursachenkomplexen auf der einen Seite und Folgewirkungen auf der anderen Seite ist erforderlich, um zielgerichtet ansetzen und kommunale Handlungsspielräume bei Lösungsansätzen ausschöpfen zu können. [4]

[3] Stadt Erlangen, Referat für Jugend, Familie und Soziales, Lebenslagen und Teilhabechancen in Erlangen, 2023
[4] Ebda; Vgl. insbesondere die Ausführungen zum Thema Armut S. 10 ff



Ursachen für Kinder- und Jugendarmut können im Bereich Bildung, Arbeit und auch in sozioökonomischen Faktoren zu finden sein. Die Folgen von Kinder- und Jugendarmut können sich wiederum in unterschiedlichem Maße in verschiedenen Lebenslagen zeigen (materielle, soziale, gesundheitliche und kulturelle Lebenslage). Sowohl die Ursachen als auch die Folgen von Armut können wechselseitig zusammenhängen und sich mitunter gegenseitig verstärken. Armut der Familie ist in allen Lebensbereichen mit Risiken der Benachteiligung und der Unterversorgung der jungen Menschen verbunden. Der Zusammenhang ist jedoch nicht deterministisch: Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit Migrationshintergrund und solche in kinderreichen oder belasteten Familien. Die Folgen reichen von materieller Entbehrung über Bildungsnachteile bis hin zu sozialer Ausgrenzung. Aufwachsen in Armut kann so Teilhabechancen im weiteren Lebensverlauf nachhaltig verringern und dadurch Armutslagen bis ins Erwachsenenalter hinein verstetigen.

Hier gilt es dann mit geeigneten Maßnahmen in den jeweiligen Handlungsfeldern gegenzusteuern. Die Folgen von Armut sind somit nicht zwangsläufig. Kommunale Angebote und Strukturen können dazu beitragen, Kinder und Jugendliche lebenslaufbegleitend und bei institutionellen Übergängen (z.B. Kita – Grundschule – Berufsbildung) bis zum Berufseinstieg zu fördern und zu unterstützen und Teilhabe an Bildung sowie soziale Teilhabe zu stärken. Dadurch kann den Folgen von Armut frühzeitig entgegengewirkt werden (siehe unten: Maßnahmen gegen Kinderarmut).

Als weiterer Indikator, der Hinweise auf die Situation von Armut geben kann, wird in der Debatte um Armut zudem auf die Zahl der Hilfeempfängerinnen und -empfängern von (existenzsichernden) Leistungen verwiesen.

Der konzeptionelle Fallstrick[5] dieses Indikators liegt darin, dass der Umfang eines sozialen Problems anhand der Hilfen gemessen wird, die der Sozialstaat oder die Kommune zu seiner Linderung oder Überwindung bereitstellt. Daraus ergibt sich die paradoxe Situation, dass z.B. bei einer Anhebung der Einkommensgrenzen für Grundsicherungsleistungen die Zahl der Leistungsbeziehenden und damit die Armut scheinbar steigt, obwohl doch mehr Menschen von Leistungen profitieren, die dazu intendiert sind, ihre Existenzgrundlage zu sichern.

Somit ist auch dieser Indikator nur bedingt dazu geeignet, die Situation von Armut zu fassen bzw. bedarf dieser einer kritischen Einordnung.

Die nachfolgenden Daten zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen in Erlangen sind vor diesem Hintergrund zu interpretieren.

Zahlen von Personen im Leistungsbezug unter 18 Jahren für das Jahr 2024
(Stichtag 31.12.2024):

SGB II

Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)	1.386
darunter	
unter 3 Jahre	261
3 bis unter 6 Jahre	290
6 bis unter 15 Jahre	748
über 15 Jahre	87
Bedarfsgemeinschaften (BG)	2.656
darunter	
BG mit Kindern unter 18 Jahren	927
davon: mit 1 Kind	421
mit 2 Kindern	296
mit 3 und mehr Kindern	210

Hilfe zum Lebensunterhalt HLU	17
AsylbLG	78
Wohngeld	1171

Insgesamt sind in Erlangen Ende 2024 somit rund 2.652 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren auf staatliche Leistungen angewiesen.[6] Ihr Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung beträgt damit 14,2 %.

Als weitere Information zur Lebenslage von Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenslangen kann ein Blick auf deren Anteil in Obdachlosenunterkünften dienen.

[5] Cremer, Georg, Kinderarmut – Fallstricke der Debatte, Sozialer Fortschritt, 73 (2024) 4: 253 -264

[6] Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Erlangen lag Ende 2024 bei 18.735: Stadt Erlangen, Sozialstruktur 2025, Statistik aktuell 04/2025

Unter den 294 Bewohner*innen (ohne ukrainische Staatsbürgerschaft) in Obdachlosenunterkünften waren (zum Stichtag 4.7.2025) 64 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (ohne UKR), davon 52 Kinder bis einschließlich 14 Jahren und 12 Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren.

Demnach beträgt der Anteil der Kinder und Jugendlichen an allen obdachlosenrechtlich untergebrachten Personen 21,77 %. In den letzten Jahren betrug der Anteil in der Regel „rund ein Viertel“.

Welche aktuellen Maßnahmen erfolgen in Erlangen gegen Kinderarmut?

Um Probleme dauerhaft zu lösen, müssen die Ursachen von Kinder- und Jugendarmut an-gegangen werden. Hier wird schnell deutlich, dass es zahlreiche stark ursächliche Faktoren gibt, bei denen eine Kommune über wenig bis keine Handlungsspielräume verfügt. Zu nennen sind unter anderem Steuerpolitik, gezahlte Löhne und Gehälter in der Wirtschaft, private Überschuldungen, persönliche Krisen (z. B. Scheidungen/Trennungen der Eltern), Krankheitsfälle (z. B. Unfälle), soziale Herkunft.

Allerdings gibt es durchaus Ursachen, bei denen es zumindest gewissen Spielraum der Kommune gibt, wie bspw. im Bereich von Bildung (z. B. quantitativer und qualitativer Kita-Ausbau), Qualifikation (z. B. Jugendberufsagentur) oder Unterstützung bei Arbeitslosigkeit in der Familie (z. B. Begleit- und Unterstützungsprogramme des Erlanger Jobcenters sowie Vermittlung in Arbeit).

Größeren Handlungsspielraum hat die Kommune dahingegen bei der ebenfalls unverzichtbaren Bekämpfung von Armutsfolgen in Form von Benachteiligungen in verschiedenen Lebenslagen. Eine zentrale kommunale Kernkompetenz ist die Ermöglichung von Teilhabe.

Die Kommune als die den Menschen nächste politische Ebene steht besonders in der Verantwortung, Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenslagen Teilhabe zu ermöglichen. Wer Unterstützung braucht, muss diese möglichst einfach und bedarfsgerecht bekommen.

Bestimmte strukturelle Bereiche sind kommunal – trotz knapper Finanzen – beeinflussbar, z.B. das Angebot an Infrastruktur zur Förderung von Bildungsangeboten, sowie die Erleichterung und Ermöglichung von Zugängen zu Angeboten und Maßnahmen.

Das Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Erlangen begreift die Bekämpfung der Folgen von Armut seit vielen Jahren als eine Kernaufgabe kommunaler Sozialpolitik. Verfolgt wird ein integrierter Ansatz, der die Lebenslagen von Menschen, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind, umfassend in den Blick nimmt. Der erste Erlanger Teilhabebericht hat Problemlagen, Herausforderungen und Handlungserfordernisse bei Themen wie Armut, (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Wohnen, Pflegebedürftigkeit, sozialen Unterschiede in den Stadtteilen und bei Möglichkeiten der Mitwirkung aufgezeigt.[7]

Die damit verbundenen Herausforderungen werden, soweit möglich in den Handlungsfeldern der jeweiligen Arbeitsprogramme der Dienststellen im Referat V benannt und bearbeitet.

Zur Verbesserung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Lebenslagen mit Armutsrisiko sind zunächst insbesondere drei Angebotsformate zu nennen, die abgeleitet vom Leistungsbezug,

[7] Stadt Erlangen, Referat für Jugend, Familie und Soziales, Lebenslagen und Teilhabechancen in Erlangen, 2023

Teilhabechancen verbessern: Der ErlangenPass, das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sowie die darüber vermittelte Optimierte Lernförderung.

Mit dem **ErlangenPass** können Erlanger Bürgerinnen und Bürger, die Sozialleistungen beziehen, oder deren Haushaltseinkommen unter einer bestimmten Einkommensgrenze liegt, Angebote in den Bereichen Bildung, Kultur, Freizeit, Mobilität und Sport zu ermäßigten Preisen in Anspruch nehmen. Der Erlangen-Pass bietet vor allem auch Leistungen und Vergünstigungen speziell für Kinder und Jugendliche an, um sie z. B. in Kindertagesstätten und in der Schule besser zu fördern und zu integrieren.

Im Dezember 2024 haben 7264[8] Personen den Erlangen-Pass genutzt, darunter waren 2790 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In den letzten Jahren ist die Zahl der ErlangenPass-Nutzenden stetig gestiegen. Diese stetige Zunahme ist allerdings nicht zwingend als Hinweis auf gestiegene Armut zu sehen, sondern vielmehr den Bemühungen geschuldet, die Reichweite des Erlangen-Passes im Kreis der Berechtigten zu erhöhen und damit insgesamt Teilhabechancen zu verbessern und Armut zu bekämpfen.

Das **Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)** zielt als staatliche Förderung darauf ab, Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen den Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe zu erleichtern. Die Stadt Erlangen gestaltet dies derart, dass die Leistungen mit dem Erlangen-Pass als Steuerungsinstrument verknüpft sind. Entsprechend breit ist das Spektrum der Aktivitäten. Im Jahr 2024 wurden zur Unterstützung leistungsbeziehender Kinder und Jugendlicher bei Kitaausflügen, Schulausflügen, Klassenfahrten, für Schulbedarf und Schülerbeförderung, für Mittagessen in Kitas und Schule, für Teilhabeangebote und für die Lernförderung knapp
2,7 Mio Euro verausgabt.

Die **Optimierte Lernförderung** ermöglicht förderberechtigten Kindern einen möglichst unkomplizierten und schnellen Zugang zu zusätzlicher außerschulischer Lernförderung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets. Es spricht Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus einkommensschwachen Familien besondere Leistungen zu, um deren Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft sicherzustellen

– und auch Kinder, die selbst keinen Anspruch haben, profitieren indirekt über verbesserte Lernbedingungen in den Schulen.

Die Volkshochschule Erlangen (vhs) realisiert als Partnerin von 17 Erlanger Schulen (2023) die Angebote der Optimierten Lernförderung. Rund 800 Schülerinnen und Schüler konnten im Jahr 2024 (die Bewilligung erfolgt immer von Okt. bis Febr. und Mrz. bis Juli eines Schuljahres) durchschnittlich die Angebote der optimierten Lernförderung in diesem Zeitraum in Anspruch nehmen.

Armut als Thema der Kinder- und Jugendhilfe

Mit ihren Angeboten, Hilfen und Leistungen soll die Kinder- und Jugendhilfe dazu beitragen, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern sowie Risiken sozialer Exklusion zu verhindern bzw. abzubauen. Gemäß § 1 SGB VIII soll Kinder- und Jugendhilfe „junge Menschen in ihrer individuellen und

[8] Vgl. dazu die MzK im SGA am 20.2.205 zur aktuellen Entwicklung des ErlangenPass (Vorlagen-Nr. 50/137/2025)

sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden und abzubauen, Kinder- und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen und dazu beitragen, positive Lebensbedingungen sowie eine kinder- und familien-freundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen". Gemäß § 80 SGB VIII sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Planungsverantwortung zudem dazu verpflichtet, Einrichtungen und Dienste so zu planen, „dass insbesondere junge Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen besonders gefördert werden". Somit stellt die Kinder- und Jugendhilfe eine zentrale Säule der kommunalen Armutsprävention dar.

Sieht man von Angeboten zur Kindertagesbetreuung ab, so richten sich die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe vor allem an junge Menschen und Familien in belasteten Lebenslagen bzw. problematischen Lebenssituationen. Kinder- und Jugendhilfe agiert hier im Spannungsfeld zwischen Nothilfe bei Kindeswohlgefährdungen und als unterstützende und präventionsorientierte Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsinstanz mittels finanzieller oder sozialpädagogischer Leistungen. Von Armut betroffene Zielgruppen nehmen die An-gebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe verstärkt in Anspruch. Die Armutsentwicklung von Familien und die damit verbundenen Risiken für das Aufwachsen junger Menschen sind somit integraler Bestandteil des Bedarfs an Kinder- und Jugendhilfe.

Die Prävention und Bekämpfung von Armut beziehungsweise von Armutsfolgen ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe und Bestandteil ihres gesetzlichen Handlungsauftrages.

Folgende Angebote und Leistungen sind dabei besonders hervorzuheben:

Förderung der materiellen Teilhabe von Kindern und Familien durch die wirtschaftliche Jugendhilfe, insb. durch die Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen sowie die Übernahme von Kosten der Kinderbetreuung, der Mittagsbetreuung und individueller Ferienmaßnahmen.

Stärkung und Unterstützung von Eltern/Familien insbesondere durch die Frühen Hilfen und Angebote der Eltern- und Familienbildung, den Ausbau der Kindertagesbetreuung und integrierter Familienarbeit in den Kitas, Beratungsangebote des Allgemeinen Sozialdienstes und der Erziehungs- und Familienberatung sowie die gezielte Unterstützung von SGB II-Familien über Angebotsformate des Erlanger Jobcenter. All diese Angebote tragen zur Stabilisierung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in der jeweils individuellen, in Teilen auch prekären, Lebenssituation bei. Die Angebote wirken dabei sowohl unterstützend im Einzelfall als auch präventiv in armutsgefährdeten Lebenslagen. Ambulante Hilfen unterstützen die Familien z.B. beim Erlernen einer auch kindgerechten Haushaltsführung und Versorgung. Im Falle stationärer Hilfen erfolgt die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, dem Alter angemessen, außerhalb der Herkunftsfamilie. Hier steht den Kindern und Jugendlichen z.B. regelhaft ein Taschengeld zur freien Verfügung zu.

Förderung der sozialen Integration und Beziehungen zu Gleichaltrigen durch Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, öffentliche Spielplätze und pädagogisch betreute Aktivspielplätze sowie Angebote im Rahmen des Ferienprogrammes.

Förderung von Bildungsteilhabe und Bildungschancen junger Menschen durch Angebote der Bildung, Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen, Unterstützung beim Übergang Kindergarten-Schule, innovative Konzepte der Ganztagsbildung in Kooperation von Jugendhilfe und Schule, Jugendsozialarbeit an Schulen, diverse Angebote der berufsbezogenen Jugendhilfe und des Übergangsmanagements an der Schnittstelle Schule-Beruf durch die Jugendberufsagentur. Alle Angebote der Jugendsozialarbeit sind für die Kinder und Jugendlichen kostenfrei, in der Beratung werden mögliche Unterstützungsmaßnahmen aufgezeigt und falls nötig begleitet. In 513-1 offene Jugendsozialarbeit und Abenteuerspielplätze ist das gemeinsame Kochen und Essen ein fester Bestandteil des Angebotes und unterstützt so die betroffenen Kinder und Jugendlichen.

Leitfaden für und Darstellung der Angebote

Zur Vernetzung der im Bereich der Bekämpfung von Kinderarmut aktiven Akteure existiert

im Rahmen des Bündnisses für Familien eine Arbeitsgruppe „Kinderarmut“.

Mitglieder sind: Stadtjugendamt, Diakonie, Caritas, Ev. Kirche und der Kinderschutzbund.

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe findet aktuell eine Stoffsammlung statt, mit dem Ziel gebündelte Informationen über zusätzliche Hilfsangebote (z.B. Kleiderkammer, Schulmaterialhilfe etc.) zusammen zu stellen. Diese Informationen sollen in der Neuauflage der Broschüre „Wer hilft?“ sowie auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden.

Für den kommenden Weltkindertag (Internationalen Tag der Kinderrechte) am 20.11.25 ist eine Informationsveranstaltung zum Thema Kinderarmut und Unterstützungsangebote durch die oben genannte Arbeitsgruppe in Vorbereitung.

Darüber hinaus finden sich in der Broschüre „Gut beraten, günstig Leben“ Informationen zu Unterstützungsangeboten für Familien, mit von Armut betroffen Kindern. Die Informationen werden auf der Homepage der Stadt gepflegt und fortgeschrieben

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Ergebnis/Beschluss:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag der ödp-Fraktion Nr. 129/2023 vom 07.09.2023 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 6 gegen 0

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Ergebnis/Beschluss:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag der ödp-Fraktion Nr. 129/2023 vom 07.09.2023 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 5 — 55/102/2025

Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter (EJC)

1. Sachverhalt

1.1. Konkretisierung der Zuständigkeit des Stadtrates nach Art. 88 Abs. 2 GO durch die Änderung in § 6 Betriebssatzung

Art 88 Abs. 2 BayGO regelt die Zuständigkeit des Stadtrates für die Bestellung einer Werkleitung für den Eigenbetrieb:“ für Eigenbetriebe bestellt der Gemeinderat eine Werksleitung und einen Werkausschuss.“

Bei Gründung des Eigenbetriebes Erlanger Jobcenter wurde in der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter (EJC) in § 4 Abs. 1 Satz 1 geregelt, dass die Werkleitung aus dem/der ersten Werkleiter*in und einem/einer weiteren Werkleiter*in besteht. In Satz 2 ist geregelt, dass als erste/r Werkleiter*in eine Referatsleitung der Stadt Erlangen gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3 dieser Satzung bestellt wird.

§ 6 Abs. 1 Nr. 3 greift nicht den genauen Wortlaut des § 4 Abs. 1 Satz 2 auf, sondern lautet wörtlich „Bestellung und Abberufung der Werkleiter*innen“. Die nicht deckungsgleiche Verwendung der Begriffe „Werkleiter*innen“ in §6 und „Werkleitung“, „erster/erste Werkleiter*in“ und „weitere Werkleiter*in“ in § 4 wirft in der Praxis Fragen der rechtlichen Zuständigkeit hinsichtlich der Bestellung der jeweiligen Stelleninhaber auf, da § 88 Abs. 2 GO nur die Bestellung „eine(r) Werkleitung“ nennt.

Weder in der Gemeindeordnung noch in der Betriebssatzung ist ausdrücklich geregelt, ob und wie die Werkleitung vertreten wird.

In § 4 Abs. 4 der Betriebssatzung ist geregelt: „Die Werkleitung vertritt die Stadt Erlangen in allen Angelegenheiten des EJC. Sie kann ihre Vertretungsbefugnis für bestimmte Angelegenheiten allgemein oder im Einzelfall auf Mitarbeiter*innen des EJC übertragen.“

Die Werkleitung ist gemäß Art 88 Abs. 2 GO und Betriebssatzung zur Vertretung der Gemeinde nach Außen befugt. Aus diesem umfassenden Vertretungsrecht folgt auch die Zuständigkeit des Stadtrates für die Bestellung der Werkleitung. Soll für die Werkleitung bzw. den ersten oder die weitere Werkleitung ein*e Stellvertreter*in benannt werden, der/die die gleichen umfassenden Vertretungsbefugnisse wir der/die Vertretenen haben soll, so würde die Befugnis des Stadtrates, über die Vertretung der Gemeinde nach Außen unterlaufen/verletzt werden.

Zur Klarstellung sollte daher, neben der Regelung, wer zur Werkleitung gehört und/oder deren Befugnisse erhält, auch geregelt sein, wie und von wem diese Personen jeweils formal die Vertretungsrechte erhalten. Dies soll mit der Änderung der Betriebssatzung nachgeholt werden.

Zudem ist die Übertragung der Vertretung für bestimmte Angelegenheiten nach § 4 Abs. 4 Betriebssatzung von der Bestellung der Vertretung in allen Angelegenheiten nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 Betriebssatzung ausdrücklich abzugrenzen.

1.2. Regelung der Bestellung der Kassenverantwortlichen und deren Stellvertretung in §§ 5 und 10 Betriebssatzung.

Gemäß Art 100 GO bestellt die Gemeinde/Stadt einen Kassenverwalter und einen Stellvertreter. Bei der Gründung des Eigenbetriebes wurde gemäß § 10 Eigenbetriebsverordnung für den Eigenbetrieb eine gesonderte Kasse errichtet, die nicht mit der Stadtkasse verbunden ist. In der Betriebssatzung wurde keine Regelung zur Bestellung der Kassenverwalter*in und dessen/deren Stellvertretung getroffen.

Art 100 Abs. 4 Satz 2 GO regelt, dass für nicht mit der Stadtkasse verbundene Sonderkassen die Regelungen der Absätze 2 und 3 des Art. 100 GO entsprechend gelten. In Verbindung mit § 5 Abs. 3 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb, nach der der Werkausschuss in Angelegenheiten des Eigenbetriebs, für die nicht die Werkleitung (§ 4), der Stadtrat (§ 6) oder der/die Oberbürgermeister*in (§ 7) zuständig sind, beschließend tätig wird, folgt damit nach Auffassung des Revisionsamtes der Stadt Erlangen die Zuständigkeit des Werkausschusses für die Bestellung der Kassenverwalter und Stellvertreter.

Zur Klarstellung soll diese nun auch in § 5 und § 10 der Betriebssatzung geregelt werden

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen
(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**
☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt

☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐ sind nicht vorhanden

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Protokollvermerk:

Herr Dr. Dees hat auf redaktionelle Fehler in der Satzung hingewiesen und um Korrektur gebeten.

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter (Entwurf vom 29.08.2025) wird beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 6 gegen 0

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Protokollvermerk:

Herr Dr. Dees hat auf redaktionelle Fehler in der Satzung hingewiesen und um Korrektur gebeten.

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Erlanger Jobcenter (Entwurf vom 29.08.2025) wird beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 6 — 55/110/2025

Neukonzeptionierung Transportradverleih und Übertragung auf Erlanger Jobcenter

1. Ergebnis / Wirkung

Mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept hat der Stadtrat auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, dass vor dem Hintergrund verringerter Haushaltsmittel der Stadt Erlangen, gestiegener Kosten, fehlender Fördermittel, sowie angesichts der finanziellen Leistungsfähigkeit potenzieller Nutzerinnen und Nutzer des bisher kostenlosen Transportradverleihs die Ausleihe von Lastenrädern auf ein kostenpflichtiges Modell umgestellt wird oder einzustellen ist.

Das Erlanger Jobcenter war bereits im Rahmen seines Beschäftigungsförderungsprojekte mit der operativen und organisatorischen Durchführung des für die Bürger*innen kostenlosen Transportradverleihs sowie der technischen Wartung der Transporträder beauftragt und bereit, den Transportradverleih in eigener Verantwortung weiterzuführen, wenn die Finanzierung der Kosten gesichert werden kann.

Mit dem Wechsel vom kostenfreien Verleih zu einem kostenpflichtigen Angebot soll das Angebot dem Grund nach aufrechterhalten werden.

Die Fortführung durch einen städtischen Eigenbetrieb erhält der Stadt die Möglichkeit, jederzeit selbstbestimmt Einfluss auf die Höhe der Verleihgebühren zu nehmen und sichert sich die Option, wieder zu einem kostenfreien Angebot zurückkehren zu können.

Die umweltfreundliche Transportlösung mit Transporträder und die gute Nutzung des bisherigen Angebotes werden somit weiterhin einen wichtigen Betrag zum klimaschonenden Transport leisten können.

Bei Verbesserung der Haushaltslage kann die Stadt Erlangen jederzeit eine Rückkehr zur kostenlosen Ausleihe vollziehen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Einführung einer Kostenpflicht notwendigen Rechtsgrundlagen zu erstellen.

Die Kalkulation der Nutzungsentgelte (Transportrad Erlangen Tariftabelle) hat nach dem sog. Kostendeckungsprinzip zu erfolgen, d.h. die erhobenen Nutzungsentgelte sollen den voraussichtlichen Kosten des Transportradverleihs entsprechen.

Bei der Entwicklung des Kostenmodells soll sich auf vergleichbare Sätze und Modelle anderer bayrischer Kommunen bezogen werden. Das Erlanger Kostenmodell soll dabei attraktiv und wirtschaftlich zugleich sein.

Eine Begünstigung finanziell weniger leistungsfähiger Bürger*innen soll angestrebt werden.

Durch Kurzzeittarife sollen attraktive Möglichkeiten für Einzeltransportaktionen geschaffen werden. Die Höchstleihdauer soll begrenzt werden, damit stets möglichst viele Transporträder ansteuerbar sind.

1. Prozesse und Strukturen

Die Bewirtschaftung der Transportradausleihe wird zukünftig vollumfänglich im Rahmen der Beschäftigungsförderung des EJC abgewickelt und durch die Verleihgebühren finanziert werden. Sie ergänzt die bereits in Teilen erbrachte Leistung des Beschäftigungsprojekt Hergricht im Bereich Transportradausleihe in der Form der Ausleihe und Wartung um einen weiteren Beschäftigungsarbeitsbereich durch Abwicklung aller damit verbundenen und bisher bei der Stadt Erlangen – Referat VI verantworteten Arbeitsprozesse.

Die Ausleihe wird künftig nur noch an zwei Standorten in der Stadt möglich sein, dem bisherigen EJC-Standort Fahrradcafé Hergricht und dem EJC-Standort Alfred-Wegener-Straße.

Das EJC übernimmt alle Transporträder. Zehn bis zwölf Transporträder werden zum Einsatz gebracht. Die übrigen Transporträder werden veräußert. Diese Erlöse dienen der Anschubfinanzierung im Rahmen der Übernahme der Verleihaufgaben.

Nach Migration der Buchungsplattform zur Website www.klima-aufbruch.de, wird auch der Betrieb und die Bewirtschaftung der Buchungsplattform vollumfänglich vom EJC übernommen. Die Kosten zur Migration und Implementierung einer funktionsfähigen Verleihplattform werden durch die Stadt Erlangen getragen und soll Haushaltsrecht konform voraussichtlich dem vorhandenen und bisher nicht ausgeschöpften Budget des Amts für Stadtplanung und Mobilität zur Finanzierung von „Erlangen steigt auf“ entnommen werden.

Alle zukünftigen Einnahmen des Verleihs gehen an das EJC und dienen der Finanzierung aller Kosten des Lastenradverleihs. Neuanschaffungen sind davon ausgenommen und derzeit nicht geplant.

Es wird angestrebt zusätzliche Werbe- und Nutzungspartner für die Finanzierung und insbesondere die finanzielle Entlastung des EJC zu gewinnen. Die Transporträder werden durch das Beschäftigungsprojekt Hergricht nach Vorschrift gewartet und repariert, so dass stets eine Flotte von verkehrstüchtigen Transporträdern einen ressourcenschonenden Transport für alle Bürgerinnen und Bürger Erlangens ermöglichen.

Das Angebot der Transporträder wird auch weiterhin medienwirksam seitens der Stadt Erlangen beworben.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒ *ja, positiv**
☐ *ja, negativ**
☐ *nein*

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ *ja**

☐ *nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt

☒ sind vorhanden auf IvP-Nr. (Wirtschaftsplan EJC)

bzw. im Budget des Amts für Stadtplanung und Mobilität zur Finanzierung von „Erlangen steigt auf“ auf Kst/KTr/Sk 618090/56110010/527141

☐ sind nicht vorhanden

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Ergebnis/Beschluss:

2. Das Erlanger Jobcenter übernimmt die Flotte der Transporträder von der Stadt Erlangen, Referat VI, in den Eigenbetrieb und führt im Rahmen der Beschäftigungsförderung die Aufgaben der bisher im Rahmen eines Auftragsverhältnisses übernommenen Aufgaben des Transportradverleihs und Durchführung von regelmäßigen Wartungsarbeiten in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung fort.

3. Die Stadt Erlangen stellt dem EJC sämtliche Transporträder für den Verleih kostenfrei zur Verfügung und migriert die bisherige online-Verleih-/Buchungsplattform von der Webseite https://transportrad-buchen.erlangen.de/ zur Website www.klima-aufbruch.de. Die Stadt Erlangen übernimmt die

Abwicklung der Schadensersatzansprüche im Schadenfall, soweit die Kosten die hinterlegte Kaution übersteigen zu tragenden Verpflichtungen.

4. Zur Finanzierung der bisher durch die Stadt Erlangen getragenen Kosten wird eine Kostenpflicht eingeführt und das Konzept des kostenfreien Transportradverleihs abgelöst. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Kostenpflicht und der Erstellung der dafür notwendigen Rechtsgrundlagen beauftragt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 6 gegen 0

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Ergebnis/Beschluss:

5. Das Erlanger Jobcenter übernimmt die Flotte der Transporträder von der Stadt Erlangen, Referat VI, in den Eigenbetrieb und führt im Rahmen der Beschäftigungsförderung die Aufgaben der bisher im Rahmen eines Auftragsverhältnisses übernommenen Aufgaben des Transportradverleihs und Durchführung von regelmäßigen Wartungsarbeiten in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung fort.

6. Die Stadt Erlangen stellt dem EJC sämtliche Transporträder für den Verleih kostenfrei zur Verfügung und migriert die bisherige online-Verleih-/Buchungsplattform von der Webseite https://transportrad-buchen.erlangen.de/ zur Website www.klima-aufbruch.de. Die Stadt Erlangen übernimmt die Abwicklung der Schadensersatzansprüche im Schadenfall, soweit die Kosten die hinterlegte Kaution übersteigen zu tragenden Verpflichtungen.

7. Zur Finanzierung der bisher durch die Stadt Erlangen getragenen Kosten wird eine Kostenpflicht eingeführt und das Konzept des kostenfreien Transportradverleihs abgelöst. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Kostenpflicht und der Erstellung der dafür notwendigen Rechtsgrundlagen beauftragt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 11 gegen 0

TOP 7

Anfragen - öffentlicher Teil

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und EJC-Beirat

Beratungsergebnis Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC

Protokollvermerk:

Frau Grille bat darum die Arbeitsgruppe „Kinderarmut“ in die nächste Sitzung einzuladen.

Sitzungsende

am 01.10.2025, 18:17 Uhr

Der Vorsitzende:

……
Stadtrat
Agha

Die Schriftführerin:

……
Langer

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne/Grüne Liste-Fraktion:

Für die ödp-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft FDP/FWG:

Für die Ausschussgemeinschaft Klimaliste Erlangen/Erlanger Linke: